

# Beschlussvorlage



Landeshauptstadt  
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0346/2012
Amt/Aktenzeichen Dezernat V/17 00 31	Datum 15.03.2012	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am			
<b>Beratungsfolge Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Datum</b>	<b>Status</b>
Stadtrat	Entscheidung	28.03.2012	Ö

<b>Betreff:</b> Sachstandsbericht zu Antrag 58/2003 SPD-Stadtratsfraktion; hier: Rheinufergestaltung im Bereich Mombach
Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen  Mainz, 19.03.2012  gez. Eder  Katrin Eder Beigeordnete
Mainz, 21.03.2012 In Vertretung  gez. Beck  Günter Beck Bürgermeister

## Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat erklärt den Antrag für erledigt.

## **Problembeschreibung / Begründung:**

Mit dem Antrag wurde die Verwaltung beauftragt, die im „Zukunftsentwurf Mombach“ erfolgte Prioritätenfestlegung zu realisieren. Das Projektgebiet umfasst ausschließlich Flächen innerhalb des Naturschutzgebietes „Mombacher Rheinufer“. Die Umsetzung von Maßnahmen steht somit, neben der Finanzierung, immer auch unter dem Vorbehalt der naturschutzfachlichen Verträglichkeit.

Innerhalb des Gebietes informieren Tafeln über den Auewald und seine Bestandteile sowie über den Verlauf der Wege. Zur Besucherlenkung und zur besseren Begehrbarkeit wird der bestehende Rundweg regelmäßig gemulcht. In Zusammenarbeit mit dem Aueservice des Naturschutzbundes werden Besucher informiert, Müll gesammelt und Missstände ermittelt. Der langfristige Umbau der monokulturartigen Hybridpappelbestände wurde und wird in Zusammenarbeit mit dem Forst und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung betrieben. Hierbei erfolgt die Anpflanzung von standortheimischen Gehölzen als Ersatz für die abgängigen Hybridpappeln. Zuletzt wurde gemeinsam mit der Ortsverwaltung Mombach ein Sitzplatz in der Nähe der Anglervereine verwirklicht.

Durch die beschriebenen Maßnahmen wird den Zielen des „Zukunftsentwurfes Mombach“ nach Lenkung, Information und naturschutzfachlicher Entwicklung Rechnung getragen. Weitere Maßnahmen, die im „Zukunftsentwurf“ benannt werden, sind mit einem Kostenaufwand verbunden, der aufgrund der bisherigen und absehbaren Finanzsituation der Stadt nicht realisiert werden kann. Vom Land wurde zwar die Erstellung des Zukunftsentwurfes finanziert, für die Umsetzung der Maßnahmen wurden jedoch keine Finanzmittel zur Verfügung gestellt.

Für die Zukunft ist es wichtig, das bisher Erreichte zu erhalten, die begonnenen Maßnahmen fortzuführen und Fehlentwicklungen zu vermeiden. Hierbei ist die Verwaltung weiterhin auf die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten angewiesen.

Weitere Maßnahmen sollten im Hinblick auf die Finanzierbarkeit sowie die Belastbarkeit des relativ kleinen Naturschutzgebietes nicht angestrebt werden.

Der Antrag wird daher als erledigt erklärt.